

Klein, aber  
mit Biss!



Nr. 155 November 2025

## voestalpine Konzern streicht 25 Prozent der Arbeitsplätze bei Böhler Bleche in Mürzzuschlag-Hönigsberg

**H**ohe Energiepreise, Zölle und die anhaltenden weltweiten Kriege setzen dem größten Unternehmen der Region, laut Aussagen der Konzernverantwortlichen, massiv zu. Die voestalpine als Eigentümer beauftragte nun Unternehmensberater um die Wirtschaftlichkeit des Standortes Mürzzuschlag-Hönigsberg zu hinterfragen.

Das Problem liegt vereinfacht gesehen darin, dass sich nur ein Teil der hier produzierten Produkte am Weltmarkt gut verkaufen lässt, der andere Teil der produzierten Ware jedoch unter den Gestehungskosten verkauft worden ist. Um große Leerläufe im Produktionsablauf zu verhindern hat man versucht, schwer verkaufliche Produkt herzustellen, was sich auf den Ertrag des Unternehmens auswirkt. Hohe Energiepreise und Sanktionspolitik tun ein übriges um die Produktion unrentabel zu machen. Das ist der neue Kriegskapitalismus, der alles der Militarisierung unterordnet.

In der Vorwoche wurde bekanntgegeben, dass es zu einem Arbeitsplatzabbau von 25 Prozent der rund 480 Beschäftigten kommen wird. Schon im Vorfeld wurde in den Medien kolportiert, dass sogar der gesamte Standort in Gefahr sei und man dies von den „Betriebsberatern“ überprüfen lassen will.

Man könnte jetzt den Verantwortlichen die Absicht unterstellen, dass man den Standort erfolgreich absicherte und die Arbeitsplatzverluste „nur ein geringeres Übel“ sind. Man

kann dies sogar noch als großen Erfolg hinstellen. Die Frage ist wie lange? Wann werden die bisherigen gut verkäuflichen Produkte auch im Fernost hergestellt werden können? Was dann? Alternativen zu finden wäre ihre Aufgabe, nicht nur Arbeitsplätze vernichten!

Die finanzielle Lage des Unternehmens voestalpine ist ja nach den letzten Bilanzzahlen alles Andere als schlecht. Der Gewinn nach Steuern stieg um 8,6 % auf 199 Millionen Euro im Zeitraum April bis Ende September 2025. Die Verkaufserlöse sanken zwar von 8 auf 7,6 Mill. Euro, gleichzeitig sank aber auch die Zahl der Beschäftigten um über 4%.

Für den Großteil der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihren Angehörigen wird es schlimm sein, vielleicht noch vor Weihnachten den „blauen Brief“ zu bekommen. Sie verdienen unsere Solidarität. *Franz Rosenblattl*



**Die KPÖ lädt ein:** Landtagsabgeordneter Alex Melinz kommt nach Mürzzuschlag, stellt sich als neuer Landesvorsitzender der KPÖ Steiermark vor und spricht zum Thema:

## Kommunismus - häufig gestellte Fragen und Mythen

**Er ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“, schrieb Bert Brecht über den Kommunismus. Und rund um ihn gibt es viele kleine und große Fragen und einiges an Mythen, mit denen wir uns befassen wollen.**

- ★ Wollen die Kommunisten den Leuten das Auto und das Handy wegnehmen?
- ★ Wollen die Kommunisten den Ostblock wieder auflieben lassen?
- ★ Wollen die Kommunisten, dass Ärztin und Hilfsarbeiter gleich viel verdienen?
- ★ Wollen die Kommunisten ihren Parteinamen nicht ändern?

**Antworten auf Ihre Fragen über die Inhalte, seine Geschichte und seine Zukunft wird Alexander Melinz geben.**

**Freitag, 21.November,17.00 Uhr**

KPÖ-Lokal Mürzzuschlag, Wiener Straße 148. Telefonische Voranmeldung erwünscht: 03852 2453  
Für Speis und Trank ist gesorgt.

Eintritt frei



LAbg. Alexander Melinz

# Kommentar



## Ehrlich gesagt...

*... hätte ich mir den Ausgang der Gemeinderatswahl vom März ein wenig anders erhofft. Zwar wurde ein Ziel, die absolute Mehrheit der SPÖ zu brechen (um auf sie wieder mehr Einfluss zu haben) erreicht. Allerdings*

*wurde ein Stadtratsmandat wegen 39 fehlenden Stimmen knapp versäumt.*

*Die Finanzmisere der österreichischen Gemeinden macht auch vor Mürzzuschlag nicht halt. Immer mehr Aufgaben werden vom Bund und auch vom Land den Kommunen aufgebürdet, gleichzeitig sinken die Bundesertragsanteile. Egal ob es eine schwarz-rot-pinke Bundesregierung oder eine blau-schwarze Landesregierung, beide haben nur eines im Sinn: Die Bevölkerung zu belasten!*

*Die schwarz-grüne Regierung der Vorjahre, ihre Gießkannenpolitik war sicherlich verantwortlich für das Budgetchaos, das sie hinterlassen hat. Aber nicht nur: Denn in Wirklichkeit wird in Brüssel bestimmt was Österreich zu tun und zu lassen hat. Politisch hat die EU schon längst das Ruder übernommen und unser Land zu einem der treuesten „Vasallen“ gemacht. Selbst die Neutralität, mit der unser Land nicht nur immer sehr gut gefahren ist, sondern weltweit Anerkennung erreicht hatte, wurde de facto aufgegeben. Die militärische Eingliederung Österreichs in die NATO ist zwar nicht offiziell aber schon längst im Gange.*

*Wenn heute permanent über unleistbare Pensionen, über explodierende Sozialausgaben und ausufernde Budgets gesprochen wird, bleiben einige Dinge unerwähnt: Für die Aufrüstung des Bundesheeres sollen in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld fließen. Für 2025 sind rund 4,4 Milliarden Euro geplant, was eine Steigerung von 349 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr darstellt.*

*Für 2026 sind sogar 4,8 Milliarden Euro vorgesehen, eine Erhöhung um 370 Millionen Euro. Dieser Anstieg soll die Umsetzung des Aufbauplans «Österreichisches Bundesheer 2032+» sichern.*

*Da drängt sich die Frage auf für wen oder besser gegen wen? Die EU Spitzpolitiker wollen in den nächsten Jahren die EU „kriegstauglich“ machen, in Österreich ist man zwar um einige Nuancen vorsichtiger aber letztendlich handeln sie gleich. So wie die österreichische Medienlandschaft, die unverblümmt das Feindbild Russland pusht, dabei jeden Anspruch von Seriosität von Bord wirft und einen unausweichlichen Krieg herbeiredet.*

*Dies macht mir im Moment wesentlich mehr Angst als ein Budgetdefizit in Bund, Land und auch bei uns in Mürzzuschlag.*

*Franz Rosenblatt*

## Sitzung vom September 2025

Das Schwerpunktthema der September-Gemeinderatssitzung war neben dem Nachtragsvoranschlag ein Darlehensauftrag für den Straßenbau 2025, eine Anhebung der Parkgebühren sowie die Sanierung des Kunsthause. Aber zuerst gab es wie bei jeder Gemeinderatssitzung die Fragestunde an den Bürgermeister.

### WC am Spielplatz Hönigsberg

KPÖ-GRin Rodoschek stellte wiederholt die Anfrage (die erste bei der Juni-Sitzung) bezüglich der völlig unzureichenden Öffnungszeiten der WC Anlagen am Spielplatz in Hönigsberg. Im Sommer werden diese schon um 19 Uhr automatisch geschlossen, obwohl sich dort noch viele Kinder und Erwachsene aufhalten. Von Samstag bis Montag (zu den Betriebszeiten der Eisbahnkantine) entsprechend gibt es zwar die Möglichkeit über den Eishüttenzugang zu den WCs zu gelangen – *Dank dem Hüttenwirt*. Bgm. Rudischer versprach nun zum zweiten Mal, sich dieser Problematik anzunehmen, was er diesmal auch tatsächlich machte. *Ab dem nächsten Jahr werden die WC Anlagen am Hönigsberger Spielplatz in den Sommermonaten bis 20.30 Uhr geöffnet sein!*

### Nachtragsvoranschlag 2025

Im Ergebnishaushalt des Nachtragsvoranschlages 2025 stehen Aufwendungen von € 34.812.900 Erträgen von € 32.646.700 gegenüber. Das ist ein Nettoergebnis von **€ minus 2.166.200**. Durch die Entnahme von Haushaltsrücklagen in der selben Höhe ergibt es ein ausgeglichenes 0.

Im Finanzierungshaushalt beträgt der Geldfluss aus der operativen Gebarung € 1.667.400, aus der investiver Gebarung **€ - 3.003.300** und aus der Finanzierungstätigkeit **€ - 652.100**. Der Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung beträgt **€ - 1.988.000**

Um die Erfordernisse des Nachtragsvoranschlages zu decken müssen in Summe € 460.000 (inkl. den € 210.000 vom Straßenbauprogramm aufgenommen werden.



Thomas Martin Geißbauer  
(KPÖ Budgetsprecher)

### Nicht das Gelbe vom Ei

*Bei einem Budget gibt es immer Luft nach oben, es ist auch unmöglich ein Budget für Jedermann's und Jederfrau's vollste Zufriedenheit zu erstellen. Schon gar nicht in Zeiten wie diesen, wo überall massive Kürzungen und Einsparungen auf der Tagesordnung sind. Ich glaube, dass gerade unter solchen Bedingungen ein konstruktives Miteinander*

*der Gemeindepolitiker mehr gefragt ist, als ein populistisches Gegeneinander mit parteitaktischen Schulzuweisungen oder prophezeiten Bankrotterklärungen. Dieser Nachtragsvoranschlag ist, wie das Budget 2025 selbst, nicht das Gelbe vom Ei, beinhaltet aber doch einige Verbesserungen im Ergebnis gegenüber dem letzten Vorschlag. Darum haben wir als KPÖ beschlossen diesem Nachtragsvoranschlag zuzustimmen.*

## Parkgebühren werden erhöht

Die letzte Gebührenerhöhung für das **Parkhaus** wurde vor 15 Jahren durchgeführt. Angesichts der aktuellen Haushaltsslage wurde eine „Anpassung“ vorgeschlagen und auch beschlossen.

So wird ab 1. Jänner 2026 von Montag bis Freitag von 8:00 bis 18:00 die ersten 30 Minuten 60 Cent, danach für jede weitere angefangene 10 Minuten 20 Cent zu bezahlen sein. Von 18:00 bis 8:00 beträgt die Gebühr die Hälfte von der des Tages. Maximal kostet die Nacht € 3,60. An Samstagen (von 8:00 bis 12:00) gilt der gleiche Preis. Samstag ab 12:00 und an Sonn- und Feiertagen gilt der gleiche Tarif wie in der Nacht mit dem Maximalbetrag von € 3,60. Ein unreservierter Dauerparkplatz kostet 75 Euro (Mindestdauer drei Monate).

Diese Gebührenerhöhung soll der Gemeinde Mehreinnahmen in der Höhe von rund 70.000 Euro jährlich bringen. Die Parkgebühren bei den gebührenpflichtigen **Kurzparkzonen** und **Parkplätzen** werden ebenfalls angehoben und sollen der Gemeinde Mehreinnahmen von rund **€ 80.000** bescheren.

Die Parkgebühr für die **Kurzparkzonen (blaue Zone)** beträgt für die erste halbe Stunde 50 Cent. Für weitere 6 Minuten wird die Parkgebühr mit 10 Cent festgesetzt.

Die Parkgebühr beträgt für die erste angefangene halbe Stunde in den **Grünen Zonen** 30 Cent. Für jede weitere 10 Minuten wird die Gebühr mit 10 Cent festgesetzt. Ab einem zu entrichtenden Betrag von € 3,60 wird der Tagespauschaltarif erreicht und gilt für 10 gebührenpflichtige Stunden. Die Monatspauschale beträgt 36 Euro die Jahrespauschale 360 Euro.

## Kunsthaus

Die kunsthaus muerz gmbh hat eine umfassende Sanierung des im Besitz der Gemeinde befindlichem Kunsthaus eingeleitet. Die projektierten Kosten liegen bei € 2.750.000 wobei bereits beachtliche Fördermittel des Bundes und des Landes zugesagt wurden. In den letzten Jahren mussten immer wieder Gelder für den Erhalt der Bausubstanz von der Gemeinde aufgewendet werden. Folgende Sanierungsmaßnahmen sind nunmehr vorgesehen: Gebäudehülle, Sanierung innen, Gebäudetechnik, E- Installationen, Interieur und Veranstaltungstechnik sowie Planung/Fachplanung.

Die geplanten Kosten werden wie folgt aufgebracht:

Bund Förderung 1	1.000.000	Euro
Bund Förderung 2	244.000	Euro
Land Steiermark	1.000.000	Euro
Stadt Mürzzuschlag	180.000	Euro
Bundesdenkmalamt	51.000	Euro
kunsthaus muerz gmbh	75.000	Euro
viktor kaplan gmbh	75.000	Euro
Walter Buchebner Gesellschaft	75.000	Euro
diverse Sponsoren	50.000	Euro

Die Viktor-Kaplan GmbH hat sich im Zuge der Errichtung des Windparks am Moschkogel bereit erklärt, eine jährliche Zahlung an die Gemeinde (seinerzeit Ganz) zu leisten, die dem Gemeinwohl dienen sollte. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Kaplan Gesellschaft eine einmalige Abschlagszahlung in Höhe der 25-fachen Jahreszahlung an die Gemeinde leisten kann.

Die Förderung der Gemeinde (Baukostenzuschuss in der Höhe € 180.000) wird durch die einmalige Abschlagszahlung der Windräder ausgeglichen.

Weiters sieht die Vereinbarung vor, dass sämtliche Erhaltungsmaßnahmen welche im Zuge der Revitalisierung 2025, 2026 und 2027 erfolgen, abgedeckt sind und die Gemeinde keinerlei Erhaltungspflichten hat.

**Schon einmal den halben Monatslohn für das Wohnen ausgegeben, Herr Bundeskanzler?**

Für Mietendeckel und Preisregulierung!

**Teures Leben. Muss nicht sein.**

## Gemeinförderungen gestrichen

Die Gemeinde Mürzzuschlag förderte seit Jahren die „**Moderne Holzheizung**“. Der Grundgedanke dieser Förderung war eine „Anschubfinanzierung“ für die Umstellung von Heizanlagen in dezentraler Lage. Gleichzeitig gab es hier auch großzügige Förderungen von Bund und Land welche zur Folge hatten, dass sich die Anzahl der Heizanlagen massiv erhöht hat. Die Förderungspauschale für Pellet-, und Stückgutheizungen betrug 500 Euro, für Hackgutzentralheizungen, die einen bestehenden fossilen Kessel ersetzen, betrug diese 1.000 Euro.

Seit 2022 förderte die Gemeinde unter dem Titel „**Stromspeicher-Förderung**“ die Errichtung von Stromspeichern bei bestehenden PV Anlagen. Durch Förderung des Bundes kann man davon ausgehen, dass der Einbau von Stromspeichern auch ohne Förderung der Gemeinde wirtschaftlich darstellbar ist.

2023 wurden für die Bewohner:innen 3 Klimatickets Steier-

## Klimaticket

mark angeschafft. Ein Ticket kostet jährlich € 624. Damit können alle Züge, Busse und Straßenbahnen in der Steiermark benutzt werden. Diese Tickets wurden auch sehr gut angenommen und waren fast immer ausgebucht.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 3

Um künftig den Gemeindehaushalt zu entlasten, soll ab 1.1.2026 eine Ausleihgebühr von 7 Euro pro Tag eingehoben werden. Dadurch sollen die Ankaufkosten sowie ein Teil des Verwaltungsaufwandes abgegolten werden. Geplant werden jährliche Einnahmen in der Höhe von € 6.700. *Da könnte man ja dann durchaus eine Win-Win Situation machen: noch ein paar Tickets mehr anschaffen und somit noch Gewinn machen...*

## Musikschule

Der Gemeinderat beschloss die Neufestsetzung der Musikschulbeiträge. zB. ein Hauptfach Schüler erhöhte sich jährlich um € 32,69 auf 575 Euro. GR Rosenblattl kritisierte den Wegfall der Gemeindeförderung für Kinder aus finanziell schwächeren Familien und forderte, dass diese Unterstützungsmöglichkeit wieder möglich sein soll. Dieser Vorschlag wurde von allen Fraktionen unterstützt und somit wird es wieder eine Förderung für Kinder aus finanziell schwächeren Familien geben.

## Erhalt der Arbeitsplätze bei voestalpine-Böhler Bleche GmbH & Co KG

Ein Dringlichkeitsantrag wurde bei der Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Mürzzuschlag im September, eingebracht von den Fraktionen der SPÖ und KPÖ beschlossen. Mittlerweile haben sich die Ereignisse überschlagen, die Kündigung von ca 120 Mitarbeitern in Mürzzuschlag-Hönigsberg bekanntgegeben.

## RESOLUTION

Die Voest Alpine-Böhler Bleche GmbH in Mürzzuschlag-Hönigsberg ist der größte Arbeitgeber in unserer Gemeinde. Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage werden derzeit vom Unternehmen Maßnahmen entwickelt, um die Ertragslage zu verbessern. Dabei ist es aus unserer Sicht wichtig, die bestehenden rund 450 Arbeitsplätze abzusichern. Es sollen Strategien entwickelt werden, um das Unternehmen, mit teilweise einzigartigen Produkten, wettbewerbsfähig zu halten. Wir fordern Landeshauptmann Kunasek und die Steiermärkische Landesregierung dazu auf, in Gespräche mit dem VOEST Konzern einzutreten, auf die Dringlichkeit für den Erhalt der Arbeitsplätze in unserer Region hinzuweisen und an konkreten, wirtschaftspolitischen Maßnahmen mitzuwirken, um den Standort abzusichern und die Arbeitsplätze zur Gänze zu erhalten.

## Antrag

Die Steiermärkische Landesregierung unter Landeshauptmann Mario Kunasek wird aufgefordert, in direkte Gespräche mit dem Voest Konzern einzutreten und durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, die voestalpine-Böhler Bleche GmbH & Co KG in Mürzzuschlag-Hönigsberg mit dem Ziel des Erhalts aller Arbeitsplätze vor Ort zu unterstützen. Weiters wird die Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Christian Stocker und Vizekanzler Andreas Babler aufgefordert, ebenfalls Gespräche mit dem Voest-Konzern aufzunehmen, um den Betrieb vor Ort bestmöglich zu unterstützen, mit dem Ziel, alle Arbeitsplätze zu erhalten.

## Heizkostenzuschuss: FPÖ plant Hürden ein

FPÖ-Landesrat Amesbauer hat die Richtlinien für Heizkostenzuschuss verändert und dabei einige Fallen eingebaut. Anfang Oktober, als es das erste Mal richtig kalt wurde, wollten viele Menschen den steirischen Heizkostenzuschuss beantragen und wunderten sich. Anders als gewohnt, war dieser noch nicht verfügbar. Erst mir großer Verspätung gab die Landesregierung den Zuschuss frei. Der Grund dafür: bei den Richtlinien gab es einige Veränderungen, die den Menschen den Bezug erschweren.

## Fünf Jahre Hauptwohnsitz

Seit heuer muss man fünf Jahre ohne Unterbrechung in der Steiermark Hauptwohnsitz gemeldet sein, um den Heizkostenzuschuss zu beantragen. Das bedeutet aber: Selbst wer in den letzten fünf Jahren kurz in einem anderen Bundesland lebte, etwa wegen der Arbeit oder dem Studium, fällt um den Zuschuss um.

## Wer Wohnung wechselt, verliert

Neu ist auch, dass man nach dem 1. September selbst innerhalb der Steiermark nicht mehr umziehen darf. Bis her musste man erst zum Zeitpunkt der Antragsstellung in der Wohnung den Hauptwohnsitz haben, für die der Heizkostenzuschuss bezogen wird. Jetzt muss man bereits am 1. September in der Wohnung leben, für die man später den Antrag stellt. Das ist eine Verschlechterung ohne Sinn. Kürzlich traf es eine Mindestpensionistin. Sie ist Mitte September in Graz umgezogen – sogar innerhalb derselben Straße – und bekommt jetzt keinen Heizkostenzuschuss.

## Sie bekommen ein Baby? Kein Heizkostenzuschuss!

Hinzu kommt, dass auch alle Kinder eines Haushalts mit September dort gemeldet sein müssen. Wenn also ein Kind zum Beispiel im Oktober zurück zu den Eltern zieht, bedeutet das den Verlust des Heizkostenzuschusses. Noch absurder: Wenn man nach 1.9. ein Kind bekommt, verstößt man damit gegen die Richtlinien! Und das, obwohl die Beantragung bis Ende Februar möglich ist. All das sind neue Hürden, die von FPÖ und ÖVP eingezogen wurde. Unter dem Deckmantel, Menschen aus anderen Ländern ausschließen zu wollen, trifft das vor allem Österreicher. Fast 90 Prozent der Leute, die den Zuschuss beziehen, sind österreichische Staatsbürger.

## Keine Online-Beantragung mehr

Weggefahnen ist die Möglichkeit, den Zuschuss über Internet beantragen zu können. Für viele Menschen bedeutet das Umstände, weil sie jetzt extra aufs Gemeindeamt gehen müssen. Weiter ein Problem bleiben die Einkommensgrenzen. Diese sind so niedrig angesetzt, dass selbst Leute mit kleiner Pension „zu viel“ verdienen. Die KPÖ fordert, die Hürden wieder zurückzunehmen. „Die Heizkosten sind über die letzten Jahre massiv angestiegen. Anstatt die Menschen, die sich das Heizen nicht mehr leisten können, zu unterstützen, schließt die FPÖ sie mit bürokratischen Hindernissen aus“, kritisiert KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz.

## Verschlechterung bei Wohnunterstützung

Im Oktober hat die blau-schwarze Landesregierung im Landtag beschlossen, die Valorisierung der Wohnunterstützung abzuschaffen. Das ist ein schwerer Rückschlag für tausende steirische Haushalte, die ohnehin mit steigenden Mieten und hohen Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben. Die automatische Anpassung an die Inflation wurde erst 2024 auf Druck der KPÖ eingeführt und sollte sicherstellen, dass diese Unterstützungsleistung ihren Wert nicht verliert – genau das ist mit dieser „Reform“ passiert. „Wenn FPÖ und ÖVP behaupten, dass die Höchstsätze gleich bleiben, verschweigen sie, dass die Abschaffung der Valorisierung zu einem realen Wertverlust führt. Das ist nichts anderes als eine versteckte Kürzung“, kritisiert KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz. „Von sozialer Gerechtigkeit kann hier keine Rede sein – im Gegenteil: Diese Politik trifft all jene, die jetzt schon extrem unter den Teuerungen leiden.“



*Schon einmal von der  
Teuerung geplagt worden,  
Frau Ministerin?*



Für Mietendeckel und Preisregulierung!

**Teures Leben. Muss nicht sein.**

## Landesrechnungshof: Gesundheit darf nicht zum Luxus werden

Im aktuellen Prüfbericht des Landesrechnungshofs zur Personalsituation bei der KAGes wird festgehalten, dass die im Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG) festgelegten Sparvorgaben nicht eingehalten wurden und das gesamte System überdacht werden müsse. Für die KPÖ ist jedoch klar, dass steigende Ausgaben im Gesundheitswesen kein Grund sein dürfen, das öffentliche System infrage zu stellen. „Menschen werden älter, medizinische Behandlungen komplexer“, betont KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.



## Neutralität ist wichtiger denn je



Am 18. Oktober demonstrierten in Wien tausende Menschen für Frieden, Neutralität und ein souveränes Österreich.

Am 26. Oktober jährte sich der Beschluss der österreichischen Neutralität zum 60. Mal. Die KPÖ war die erste Partei, die sie gefordert hat und musste sich dafür den Vorwurf des Landesverrats gefallen lassen. 1955 wurde das Neutralitätsgesetz mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und KPÖ beschlossen und wurde zur Erfolgsgeschichte. Von der aktiven Neutralitätspolitik, für die Österreich in den 70er und 80er Jahren hoch angesehen war, ist heute wenig übrig.

## Neutralität verwässert

In den letzten 30 Jahren haben alle Parlamentsparteien an der Demontage und Aushöhlung der Neutralität mitgearbeitet. EU-Battlegroups, PESCO, Sky-Shield: Mittlerweile ist Österreich fest im westlichen Bündnissystem verankert und rüstet gemeinsam mit den anderen EU-Staaten auf.

## Aufrüstung bringt Unsicherheit

Wenn wir einen Blick auf die Rüstungsausgaben der großen Militärmächte werfen, wird schnell klar: Auch noch so viel Aufrüstung kann uns keine Sicherheit geben, im Gegenteil: Die mehr als Verdopplung der Rüstungsausgaben, die von der Regierung geplant sind, geht auf Kosten unserer sozialen Sicherheit, des Bildungssystems und des Gesundheitswesens. Während es immer heißt, dass kein Geld da ist und die Menschen den „Gürtel enger schnallen“ sollen, fließen Milliarden in die Taschen der Rüstungsindustrie.

## Aktive Friedenspolitik

Unsere Neutralität wird durch die Politik der Bundesregierung unglaublich gemacht, und die Möglichkeiten Österreichs für den Erhalt des Friedens aktiv zu sein, eingeschränkt. Ein neutrales Land braucht Verteidigungsfähigkeit, die derzeitige Militarisierung Österreichs dient aber nicht dem Schutz der Neutralität, sondern die Integration in die militärischen Strukturen von NATO und EU. Hier ist eine Kehrtwende nötig. Die Rückkehr zu einer echten, aktiven Neutralitätspolitik ist eine völkerrechtliche Verpflichtung Österreichs.

- Die KPÖ warnt davor, dass eine weitere Schwächung des öffentlichen Gesundheitswesens unweigerlich zu einer Zwei-Klassen-Medizin führt: Wer es sich leisten kann, wird privat behandelt, wer nicht, bleibt auf der Strecke. „Gesundheit ist ein Grundrecht und darf kein Privileg für wenige sein. Es braucht endlich eine nachhaltige Finanzierung, die Qualität, Personal und Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt stellt“, fordert Klimt-Weithaler.

# Das Leben ist zu teuer

**Die Teuerung macht fast allen Menschen zu schaffen. Manche können sich das Leben trotz mehrerer Jobs kaum noch leisten.**

Seit 2020 sind die Preise für Lebensmittel um rund 34 Prozent gestiegen. Im August 2025 lag die Teuerung bei Nahrungsmitteln und Getränken bei 4,7 Prozent und damit sogar höher als die Gesamtinflation von 4,1 Prozent. „Die Betroffenheit ist unterschiedlich, aber viele spüren die Preisexplosion beim Einkauf und haben kein Verständnis dafür, dass es der Politik nicht gelingt, dagegenzuhalten. Den Leuten muss mehr Geld in die Tasche bleiben, damit das Leben wieder leistbar wird“, sagt die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr.

Der Staat muss in die Preise eingreifen. Um den Menschen das Leben wieder leichter zu machen, braucht es Entscheidungen auf Bundes- und auch Landesebene. „Finanzminister Marterbauer hat hier mutige Ideen, die ich unterstütze – zum Beispiel braucht es eine amtliche Preisregulierung für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs gegen die davon galoppierende Teuerung. Bis 1988 hat es das in Österreich gegeben. Man muss es sich nur trauen“, sagt Elke Kahr.

## Wohnen wieder teurer

Miete, Heizung, Energie und Betriebskosten treiben viele Menschen an ihre Grenzen. Anstatt die-

se Preisexplosion einzudämmen und für Entlastung zu sorgen, kürzt die aktuelle blau-schwarze Landesregierung jedoch genau jene Unterstützungen, auf die tausende Steirer:innen angewiesen sind. So wird etwa die Sozialunterstützung und auch die Wohnkostenpauschale gekürzt. Auch die hart erkämpfte Valorisierung der Wohnunterstützung wurde wieder gestrichen.

KPÖ-Landesvorsitzender und Landtagsabgeordneter Alexander Melinz: „Die Landesregierung nimmt in Kauf, dass Familien, Alleinerziehende und Menschen mit niedrigen Einkommen noch stärker unter Druck geraten. Das ist keine ‚Sparpolitik‘, sondern ein Angriff auf die Lebensgrundlage von zehntausenden Steirern und Steirerinnen.“

## KPÖ fordert Millionärssteuer

Die seit Jahren ungebremste Teuerung ist Ergebnis einer falschen Politik. Bis heute stellt sich insbesondere die ÖVP gegen jede Preisbremse. Immer mehr Menschen wird ein immer größerer Teil ihrer Einkommen von steigenden Kosten für Wohnen, Energie und Lebensmittel weggefressen, während Immobilien-, Handels- und Energie-Konzerne ebenso wie Banken von der Teuerung profitieren. Die KPÖ setzt sich daher für eine Steuer auf Millionen- und Milliardenvermögen ein. Eine solche wird von einer großen Mehrheit der Österreicher:innen befürwortet. Höchste Zeit, dass die Bundesregierung wirksame Maßnahmen ergreift.



**KPÖ Landtagsabgeordneter Alexander Melinz und die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr (KPÖ) fordern entschlossene Maßnahmen gegen die Teuerung.**

# Chronik

## Chronik die MHM schrieb ...

### ...vor 5 Jahren

#### Wie steht es mit der Ärzteversorgung?

KPÖ-Gemeinderat Rosenblattl richtete eine Anfrage an Bürgermeister Rudischer, wie es in nächster Zukunft mit der ärztlichen Versorgung in Mürzzuschlag weitergehen wird. Da sich einige niedergelassene Ärzte, aber auch Fachärzte, dem Pensionsalter nähern. Bgm. Rudischer sieht dieses Problem nicht problematisch und meint, dass alle Planposten besetzt seien. Die zweite Frage betraf die Computertomografie-Anlage im LKH Mürzzuschlag. Diese kann durch den Radiologen Dr. Raith leider nicht eingesetzt werden. (Diese Frage stellte GR Rosenblattl auch vor einigen Jahren. Bgm. Rudischer versprach damals, sich um dieses Anliegen zu kümmern).

Diesmal meinte der Bürgermeister, dass er mit Dr. Raith in regelmäßigm Kontakt sei um diese Geräte im LKH auch nützen zu können....

### ...vor 10 Jahren

#### WC im Mürz-Center?

KPÖ-Gemeinderätin Kern (verh. Rodoschek) richtete die Anfrage an den Bürgermeister, ob er nicht mit dem Betreiber des Einkaufszentrums über die Errichtung einer öffentlich zugänglichen WC Anlage initiativ werden könne?

Bgm Rudischer antwortete lediglich, dass der Betreiber seines Wissens nach dies nicht plane. Vielleicht sollte man einmal mit dem Betreiber des Einkaufszentrums darüber reden. Letztendlich will dieser ja etwas von der Gemeinde, nur angesprochen drauf müsste er halt werden...

### ...vor 15 Jahren

#### Bauhof Samstag öffnen

Gemeinderat Rosenblattl richtete den Appell an die Verantwortlichen den Bauhof zumindest an einen Samstag monatlich zu öffnen. Viele Berufstätige und vor allem Pendler haben nicht die Gelegenheit zu den bestehenden Öffnungszeiten beim Bauhof ihren Sperr- oder Sondermüll zu entsorgen. Bürgermeister Rudischer versprach eine Überprüfung dieser Forderung. Mittlerweile hat man reagiert. Ab Jänner 2011 soll vorerst einmal im Quartal am Samstag der Bauhof geöffnet werden.

### ...vor 20 Jahren

#### Verkehrssituation

Es wäre an der Zeit die völlig unbefriedigende Verkehrssituation zu überdenken und geeignete Maßnahmen für die Zukunft zu entwickeln. Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung und aus dem Parkhaus sind ja da um einen öffentlichen Verkehr ermöglichen. Die, unserer Meinung nach unzureichenden City Taxis, tragen sicher nicht dazu bei, das eigene Auto in der Garage zu lassen wenn der Preis bei Hin und Retourfahrt nunmehr 8 € ausmacht. Es trägt aber dazu bei, dass jene die darauf angewiesen sind, weniger oft fahren werden.

### ...vor 25 Jahren

#### Zubau Altenheim

Um die Kapazität an Pflegebetten in Mürzzuschlag zu erhöhen, soll das Altenheim vergrößert werden. Die Rottenmanner Wohnbau genossenschaft als Bestbieter wird die Erweiterung des Mürzer Altenheimes in Angriff nehmen. Investiert werden vom Sozialhilfeverbund 60 Millionen Schilling, 50 Pflegebetten entstehen zusätzlich zu den jetzt bestehenden 70 Pflegeplätzen.

### ...vor 30 Jahren

#### Wie ist das wirklich mit dem „Sparen“?

Jede/r hat's gelesen: Schuld am Budgetdefizit seien die Frühpensionisten, die Lehrer, die Beamten, die Frauen usw. Die Taschenrechner der Nation haben sich also zusammengesetzt und ausgetüftelt, wie viele Milliarden sie aus diesen Bevölkerungsgruppen und aus den Arbeiter und Angestellten herauspressen können. Wozu das alles? Ist es wirklich so, dass eines der 10 reichsten Länder der Welt sein Sozialsystem nicht mehr finanzieren kann? Selbstverständlich nicht! Die Ursachen der Finanzmisere liegen in der Politik der Regierung! Denn in großer Einigkeit haben SP und VP in den letzten Jahren alle Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass immer mehr Leute verarmen, während wenige stinkreich werden.

### ...vor 40 Jahren

#### KPÖ urgiert Verkehrskonzept

Die Verkehrssituation unserer Stadt verschlechtert sich zunehmend! Die Konzentration des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens in unserem relativ kleinen, verkehrsmäßig ungünstig gelegenen Stadtzentrum macht wirksame Gegenmaßnahmen notwendig. Der bestehende öffentliche Verkehr ist vor allem für die großteils an den Stadträndern lebende Bevölkerung völlig ungenügend, für Unmotorisierte keine Hilfe und für Motorisierte schon gar **keine Alternative**. Wir schrieben schon des öfteren in unserer Gemeindezeitung über diese Problematik. KPÖ-Gemeinderat Franz Saurer hat im Gemeinderat eine Diskussionsgrundlage über die Erstellung eines neuen Verkehrskonzeptes vorgelegt.

**KPO**

*Schon einmal ein Problem mit Ihrer Stromrechnung gehabt, Herr Generaldirektor?*



# Rat & Hilfe bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

## Sie finden kostenlos Rat und Hilfe:

- bei mietrechtlichen Fragen
- wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- bei drohender Delegierung
- in Fragen des Arbeitsrechts, im Pensions- und Sozialbereich
- bei Fragen der Mindestsicherung

**Die Sprechstunden finden jeden Mittwoch von 15.30 bis 12.00 Uhr im KPÖ Büro Mürzzuschlag Wiener Straße 148 statt.**

(Nach telefonischer Vereinbarung ist in Ausnahmefällen eine Beratung auch am Vormittag von 10.30 bis 12.00 Uhr möglich)

**Telefon: 03852 2453 oder E-Mail: kpoemuerz@gmail.com**

Die Gewinner der März- Ausgabe:

**1. Preis** 40 € REWE - Gutschein: Kurt Haiderer; **2. Preis** 30 € REWE - Gutschein: Ursula Schwarz; **3. Preis** 20 € SPAR - Gutschein: Thomas Huterer; **4. Preis** je eine Flasche Rotwein „Red Roots“ vom Markowitsch: Gerhard de Cillia, Wolfgang Gutschelhofer, Erwin Maier

Diesmal werden wieder Gutscheine zu 40, zu 30 und zu 20 Euro, sowie 3 Flaschen Rotwein zu gewinnen sein.

Einsendeschluss ist der 10. Dezember 2025.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden in der nächsten Nummer der MHM bekannt gegeben..

### So nimmt man teil:

Den ausgefüllten Abschnitt ausschneiden und entweder

1.) Per Post an KPÖ, Wienerstr. 148, 8680 Mürzzuschlag senden oder einfach selbst in das dortige Postkasten werfen.

2.) Oder bei Familie Rosenblattl, Birkengasse 10, Höngsberg ins Postkasten werfen.

3.) Oder samt den vollständig ausgefüllten Adressdaten in ein E-Mail schreiben und senden an: kpoemuerz@gmail.com

artig, brav	▼	Kellermeister; Böttcher	zu der Zeit, während	elektronische Anlage, Computer	Vorsilbe: falsch (griech.)	▼	brasiliatische Fußballlegende	Taufzeuge	linker Nebenfluss des Neckars	Körperteil, Gliedmaße	▼
griechische Sagen gestalt	►						Zierlatte	►			
Nachtvogel	►				Begeisterung, Schwung	►				kleines Lasttier	
Gefahr v. jemandem abhalten	►		5							▼	
ohne Einfälle	Einzelheit		Nadelbaum, Taxus		bestimmter Artikel	►	4		Zwergenland in „Gullivers Reisen“		Angehöriger eines Balkanvolkes
►								Frau Jakobs im A. T.	►		
Stadt u. See in Pennsylvania	►	12			altrömische Monatsstage	►	Baumwollgewebe				
Ärger, Wut		ein Europäer	►	7					Wortschwall		fast, beinahe
►				durchdringend; aufdringlich		Übriggebliebenes	Rock-sängerin: ... Turner	►			▼
ein Südlawne	norwegische Hauptstadt	►	Marzipansatz	►					1		
►				8			Stille	►			3
zahllungsfähig	wenn schon, wenn gleich		früher: Amtsbezirk		Rollschuhläufer (engl.)	►					poetisch: aus Erz bestehend
►					6	Zeichnung im Holz			eine Blume; ein Gewürz		
Wasserfahrzeug	►	10			Wasser Vogel	►	Speisenfolge				
ab einem Zeitpunkt		Vorname der Garbo	►						Ausruf der Verwunderung		in der Nähe von
►						Balsam, Creme	►				
Reinfall; Bankrott		Erstauf-finder	►						11		2
►			9			europäischer Strom	►				

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

